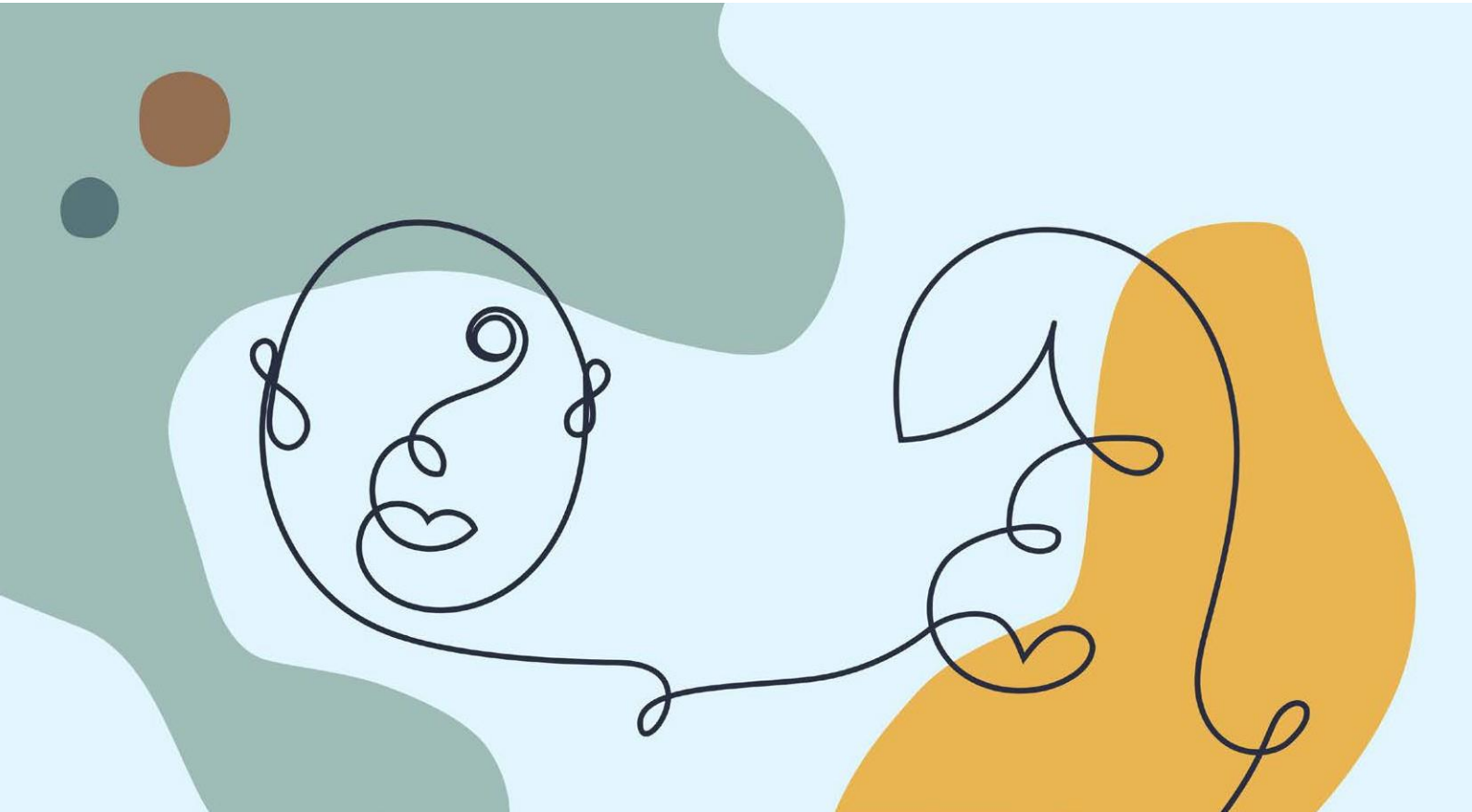




Finanziert von der
Europäischen Union



Perspektiven für Vertriebene in Erstaufnahme- und Transitländern

Europäisches
Migrationsnetzwerk
Inform

Februar 2023

Verzichtserklärung

Dieses Inform wurde vom Europäischen Migrationsnetzwerk (EMN) erstellt, das die [nationalen Kontaktpunkte des EMN \(EMN-NKPs\)](#) in den EMN-Mitgliedsländern (EU-Mitgliedstaaten außer Dänemark) und Beobachterländern (NO, GE, MD, UA, ME, AM), die Europäische Union und den EMN-Dienstleister (ICF) umfasst. Das Inform spiegelt nicht notwendigerweise die Meinungen und Ansichten der Europäischen Kommission, des EMN-Dienstleisters (ICF) oder der EMN-NKPs wider und sind auch nicht an deren Schlussfolgerungen gebunden. Ebenso sind die Europäische Kommission, der EMN-Dienstleister (ICF) und die EMN-NKPs in keiner Weise für die Verwendung der bereitgestellten Informationen verantwortlich.

Das Inform war Teil des EMN-Arbeitsprogramms 2022.

Erläuterungen

Dieser Bericht wurde auf Grundlage der nationalen Beiträge von 20 EMN-NKPs (AT, BE, BG, CY, CZ, DE, EE, EL, ES, FI, FR, HU, IE, LT, LU, LV, NL, PL, SI, SK) erstellt, die über eine von den EMN-NKPs entwickelte Ad-hoc-Anfrage des EMN erhoben wurden, um die Vergleichbarkeit so weit wie möglich zu gewährleisten. Die in diesem Inform enthaltenen Informationen beziehen sich auf die Situation in den oben genannten EMN-Mitgliedsländern bis September 2022.

Veröffentlicht Februar 2023

Vorgeschlagene Zitierweise

Europäisches Migrationsnetzwerk (EMN). Perspektiven für Vertriebene in Erstaufnahme- und Transitländern, EMN Inform.

Für weitere Informationen

EMN-Website: <http://ec.europa.eu/emn>

EMN LinkedIn-Seite: <https://www.linkedin.com/company/european-migration-network>

EMN Twitter-Account: <https://twitter.com/emnmigration>

EMN YouTube-Seite: <https://www.youtube.com/channel/UCp4RiZkN1NlggtPSIFvVzkg>

Bild: © istockphoto (Cover)

Icons von Freepik via www.flaticon.com und vecteezy.com

INHALT

1. KERNAUSSAGEN	4
2. EINLEITUNG	5
Ziele und Umfang des Informs	5
Politischer Kontext	5
3. NATIONALE STRATEGIEN UND POLITIKEN	7
4. INITIATIVEN ZUR VERBESSERUNG DER PERSPEKTIVEN VON VERTRIEBENEN IN ERSTAUFNAHME- UND TRANSITLÄNDERN AUSSERHALB DER EU	11
Effektive Ansätze	12
Zentrale Herausforderungen	14



1. KERNAUSSAGEN

Dieses Inform gibt einen Überblick über die Strategien und Initiativen, die von den Mitgliedsländern des Europäischen Migrationsnetzwerks (EMN) zur Verbesserung der Perspektiven von Vertriebenen in Erstaufnahme- und Transitländern außerhalb der Europäischen Union (EU) eingeführt wurden. Außerdem werden bewährte Praktiken aufgezeigt, die als Ausgangspunkt für die Entwicklung oder Verbesserung von nachhaltigen Unterstützungsinitiativen dienen können. Die Analyse wurde auf Grundlage von Beiträgen aus 20 EMN-Mitgliedsländern erstellt.¹

- Mehr als die Hälfte (12) der 20 EMN-Mitgliedsländer, die an diesem Inform teilgenommen haben, versuchen in ihrer Politikgestaltung die Perspektiven der vertriebenen Bevölkerungsgruppen in Erstaufnahme- und Transitländern außerhalb der EU zu verbessern. Vier haben eine Strategie oder Politik, die in erster Linie diesem Ziel gewidmet ist, während acht das Ziel im Rahmen ihrer umfassenderen nationalen Entwicklungs- und/oder Migrationsstrategien und -politiken adressieren. Acht EMN-Mitgliedsländer beziehen sich in keiner ihrer nationalen Strategien oder Politiken konkret auf die Verbesserung der Perspektiven vertriebener Bevölkerungsgruppen.
- Die Strategien und Politiken sind häufig mit umfassenderen internationalen und EU-Abkommen verknüpft, wie dem Globalen Pakt für Flüchtlinge (*Global Compact on Refugees*, GCR)², den nachhaltigen Entwicklungszielen (*Sustainable Development Goals*, SDGs)³ und dem neuen EU-Migrations- und Asylpaket.⁴
- Während es deutliche Gemeinsamkeiten zwischen den berichteten Strategien und Politiken gibt, zielen diejenigen, die sich in erster Linie der Verbesserung der Perspektiven der vertriebenen Bevölkerungsgruppen widmen, im Allgemeinen auf die Verhinderung der Sekundärmigration, den Schutz und die Förderung der Menschenrechte und die Stärkung der Resilienz von Vertriebenen ab. In den EMN-Mitgliedsländern, die sich mit der Verbesserung der Perspektiven im Rahmen ihrer umfassenderen Entwicklungs- und/oder Migrationspolitik befassen, besteht das Hauptziel häufig in der Bekämpfung der zugrundeliegenden Ursachen der gewaltsamen Vertreibung. Der geografische Schwerpunkt der Strategien und Maßnahmen ist unterschiedlich und reicht von einem sehr weit gefassten Spektrum, das mehrere Länder und Regionen umfasst, bis hin zu einem begrenzteren geografischen Fokus, der sich beispielsweise auf die Vertreibung von Bevölkerungsgruppen in von der Krise in Syrien betroffenen Ländern bezieht.
- 14 EMN-Mitgliedsländer finanzieren/implementieren konkrete Initiativen zur Verbesserung der Perspektiven von Vertriebenen in Erstaufnahme- und Transitländern außerhalb der EU. Diese Initiativen werden von den EMN-Mitgliedsländern selbst (oder mit Beiträgen der Aufnahmeländer) oder im Rahmen von EU-Initiativen wie den EU-Treuhandfonds finanziert. Die angeführten Initiativen decken verschiedene Arten von Aktivitäten ab, z.B. Bildung, berufliche Ausbildung, Beschäftigungsmöglichkeiten, Unterstützung der Lebensgrundlagen, psychosoziale Unterstützung. Auch decken sie ein breites Spektrum geografischer Gebiete ab, z.B. Mittlerer Osten, Horn von Afrika, Nordafrika, Ostasien, Mittel- und Osteuropa/Westbalkan und Lateinamerika. Die Initiativen werden in Zusammenarbeit mit verschiedenen Kategorien von Partnern umgesetzt, z.B. lokale Nichtregierungsorganisationen (NROs), nationale NROs, internationale Organisationen, den Vereinten Nationen sowie nationale und lokale Behörden.
- Mehrere Erfolgsfaktoren tragen zu wirksamen Ansätzen bei, um die Perspektiven von Vertriebenen in Erstaufnahme- und Transitländern außerhalb der EU zu verbessern. Zu den am häufigsten genannten Erfolgsfaktoren gehören die Verknüpfung von humanitärer Hilfe, Entwicklung und Frieden (der so genannte Triple-Nexus),⁵ die Bereitstellung mehrjähriger, flexibler und berechenbarer Finanzmittel und die Einbeziehung der Aufnahmebevölkerung in den Wirkungsbereich der Initiative. Mehrere EMN-Mitgliedsländer identifizierten auch konkrete Wege zur Stärkung der Zusammenarbeit und Partnerschaften, um die Perspektiven der vertriebenen Bevölkerung zu verbessern, einschließlich der Errichtung regionaler Dialogforen/Netzwerke, der Verknüpfung von Organisationen, die Fördermittel für den Informationsaustausch erhalten, und der Förderung der Zusammenarbeit im Rahmen des GCR.
- Zudem wurden einige Herausforderungen identifiziert, die eine erfolgreiche Umsetzung dieser Initiativen behindern. Dazu gehören die schwierigen sozioökonomischen Bedingungen in Erstaufnahme- und Transitländern außerhalb der EU, rechtliche Beschränkungen, die den Zugang von Vertriebenen zum Arbeitsmarkt im Aufnahmeland einschränken, Interessenkonflikte zwischen Aufnahmeregierungen und FördergeberInnen, sowie schlechte Zugangsvoraussetzungen aufgrund der Sicherheitslage und die COVID-19-Pandemie.

1 AT, BE, BG, CY, CZ, DE, EE, EL, ES, FI, FR, HU, IE, LT, LU, LV, NL, PL, SI, SK.

2 Vereinte Nationen (UN), "Global Compact on Refugees", 2018, <https://www.unhcr.org/5c658aed4>, zuletzt abgerufen am 26. Mai 2022.

3 Büro des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR), "The Sustainable Development Goals and the Global Compact on Refugees, Working together to ensure that refugees and host communities are not left behind", o.J., <https://www.unhcr.org/5efcb5004.pdf>, zuletzt abgerufen am 13. Oktober 2022.

4 Mitteilung der Kommission über ein neues Migrations- und Asylpaket, COM(2020) 609 final, https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:85ff8b4f-ff13-11ea-b44f-01aa75ed71a1.0001.02/DOC_3&format=PDF-8b4f-ff13-11ea-b44f-01aa75ed71a1.0002.02/DOC_3&format=PDF, zuletzt abgerufen am 20. Dezember 2022.

5 Siehe: Development Assistance Committee (DAC), Recommendation on the Humanitarian-Development-Peace Nexus, 2019.



2. EINLEITUNG

Ziele und Umfang des Inform

Dieses Inform gibt einen Überblick über die Strategien und Initiativen, die von EMN-Mitgliedsländern zur Verbesserung der Perspektiven von vertriebenen Bevölkerungsgruppen⁶ in Erstaufnahme- und Transitländern außerhalb der EU ergriffen wurden. Außerdem werden bewährte Praktiken identifiziert, die als Ausgangspunkt für die Entwicklung oder Verbesserung nachhaltiger Unterstützungsinitiativen dienen könnten.

Die Verbesserung der Perspektiven für Vertriebene in Erstaufnahme- und Transitländern außerhalb der EU hat für die EntscheidungsträgerInnen der EU hohe Priorität.⁷ Die Ziele dabei sind vielfältig: von der Verringerung der Ursachen (fortgeführter) irregulärer/erzwungener Migration bis hin zur Stärkung der Würde, der Eigenständigkeit und der Menschenrechte von gewaltsam vertriebenen Personen und den Aufnahmegesellschaften. Es gibt Hinweise darauf, dass sich die Eigenständigkeit und Resilienz der vertriebenen Bevölkerungsgruppen und Aufnahmegesellschaften im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie verschlechtert haben.⁸ Die Folgen der Pandemie wirken sich aufgrund prekärer Lebensbedingungen, irregulärer Beschäftigung und Schwierigkeiten beim Zugang zu nationalen Sozialsystemen negativ auf Geflüchtete aus.⁹ Darüber hinaus hat der Anstieg der Zahl der gewaltsam vertriebenen Personen nach der russischen Invasion in der Ukraine, zusammen mit dem Anstieg der Rohstoffpreise, die ohnehin begrenzten Ressourcen weiter beansprucht und den Wettbewerb um verfügbare Finanzierung verstärkt.¹⁰

Vor diesem Hintergrund sind die spezifischen Ziele dieses Inform:

- Prüfung nationaler Strategien/Politiken zur Verbesserung der Perspektiven von Vertriebenen in Erstaufnahme- und Transitländern außerhalb der EU und Bestandsaufnahme der Engagements und Ziele der EMN-Mitgliedsländer zur Erhöhung der Unterstützung für die Schaffung nachhaltiger Lebensgrundlagen.

- Erkenntnisse darüber, ob und wie sich nationale Strategien/Politiken auf bestehende EU- und internationale Rahmen beziehen, diese integrieren beziehungsweise dazu beitragen, die Perspektiven der vertriebenen Bevölkerungsgruppen in Aufnahme- und Transitländern außerhalb der EU zu verbessern.
- Darstellung von Beispielen bestehender Programme/Initiativen der EMN-Mitgliedsländer zur Verbesserung der Perspektiven von Vertriebenen in Erstaufnahme- und Transitländern außerhalb der EU, um bewährte Praktiken sowie Möglichkeiten zur Stärkung und Förderung von (grenzüberschreitenden) Partnerschaften und Zusammenarbeit zu ermitteln.

Gegenstand dieses Inform sind aktuelle nationale Strategien und Politiken, die sich mit den mittel- und langfristigen (sozioökonomischen) Bedürfnissen von vertriebenen Bevölkerungsgruppen befassen, sowie spezifische Programme und Initiativen, die im Rahmen der Zusammenarbeit von EMN-Mitgliedsländern mit Erstaufnahme- und Transitländern außerhalb der EU umgesetzt werden. Unter "Perspektiven" von Vertriebenen werden all jene Elemente verstanden, die nachhaltige Lebensgrundlagen ausmachen.¹¹ Binnenvertriebene (*Internally Displaced People*, IDPs) sind nicht im Umfang dieses Inform umfasst, da dieses sich ausschließlich auf Erstaufnahme- und Transitländer außerhalb der EU fokussiert.

Die Analyse wurde auf der Grundlage von Beiträgen aus 20 EMN-Mitgliedsländern erstellt.¹²

Politischer Kontext

Bis Mai 2022 wurden weltweit mehr als 100 Millionen Menschen gewaltsam vertrieben (gegenüber 89,3 Millionen Ende 2021). Die Zahl der Vertriebenen ist seit der russischen Invasion in die Ukraine im Februar 2022 deutlich gestiegen.¹³ Die meisten Geflüchteten (72%) halten sich in den Nachbarländern ihrer Herkunftsländer auf, meist Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen.¹⁴ Im Jahr 2020 fand nur eine von 100 geflüchteten Personen eine dauerhafte Lösung¹⁵ und mehr als 16 Millionen Geflüchtete lebten in einer langandauernden (Flucht-) Situation¹⁶ (4 Millionen mehr als 2016).¹⁷

6 Im globalen Kontext bezieht sich "vertrieben" auf die erzwungene Vertreibung einer Person aus ihrer Heimat oder Land, oft aufgrund eines bewaffneten Konflikts oder einer Naturgefahr. Im EU-Kontext bezieht er sich auf eine/n Drittstaatsangehörige/n oder Staatenlose/n, der/die das Herkunftsland oder die Herkunftsregion hat verlassen müssen oder insbesondere nach einem entsprechenden Aufruf internationaler Organisationen evakuiert wurde und wegen der in diesem Land herrschenden Lage nicht sicher und dauerhaft zurückkehren kann, und der gegebenenfalls in den Anwendungsbereich von Artikel 1A der Genfer Konvention von 1951 und Protokoll von 1967 oder von sonstigen internationalen oder nationalen Instrumenten, die internationalen Schutz gewähren, fällt, insbesondere eine Person: i) die aus Gebieten geflohen ist, in denen ein bewaffneter Konflikt oder dauernde Gewalt herrscht; ii) die ernsthaft von systematischen oder weit verbreiteten Menschenrechtsverletzungen bedroht war oder Opfer solcher Menschenrechtsverletzungen wurde. Siehe: EMN, "Asylum and Migration Glossary 5.0", 2018, https://www.emn.at/wp-content/uploads/2018/07/emn-glossar-5-0_de.pdf, zuletzt abgerufen am 8. November 2022.

7 Europäische Kommission, "Irregular Migration & Return", Directorate-General for Migration and Home Affairs (DG HOME), https://ec.europa.eu/home-affairs/irregular-migration-return_en, zuletzt abgerufen am 26. Mai 2022.

8 UNHCR, "Global Compact on Refugees Indicator Report", 2021, https://www.unhcr.org/global-compact-refugees-indicator-report/wp-content/uploads/sites/143/2021/11/2021_GCR-Indicator-Report_spread_web.pdf, zuletzt abgerufen am 26. Mai 2022.

9 UNHCR, "Leave no one behind: promoting effective access of refugees in social protection systems in post-pandemic Europe", 2021, <https://www.unhcr.org/partners/ngodi-rectory/61558a764/unhcr-social-protection-policy-brief.html>, zuletzt abgerufen am 16. Dezember 2022.

10 UNHCR, "The price the worlds forcibly displaced", 2022, <https://reporting.unhcr.org/ukraine-situation/the-price-forcibly-displaced-could-pay>, zuletzt abgerufen am 19. Dezember 2022.

11 "Nachhaltige Lebensgrundlagen" umfassen die Fähigkeiten, Vermögenswerte (materielle und soziale Ressourcen) und Aktivitäten, die für eine Lebensgrundlage erforderlich sind. Eine Lebensgrundlage ist nachhaltig, wenn sie Stress und Schocks bewältigen und sich davon erholen kann und ihre Fähigkeiten und Vermögenswerte sowohl jetzt als auch in Zukunft erhalten oder verbessern kann, ohne die natürliche Ressourcenbasis zu untergraben. Dabei werden nachhaltige Lebensgrundlagenansätze so verstanden, dass sie drei Komponenten umfassen: (1) die Förderung von Lebensgrundlagen (d.h. Humankapital, Naturkapital, Sachkapital und Finanzkapital); (2) Strategien zur Sicherung der Lebensgrundlagen (die Aktivitäten und Entscheidungen, die Menschen unternehmen, um ihre Lebensgrundlagenziele zu erreichen); und (3) das Erreichen von Lebensgrundlagen wie mehr Einkommen (z. B. Bargeld), geringere Anfälligkeit (z. B. bessere Widerstandsfähigkeit durch Erhöhung des Vermögensstatus), verbesserte Ernährungssicherheit (z. B. Erhöhung des Finanzkapitals für den Kauf von Lebensmitteln) und eine nachhaltigere Nutzung natürlicher Ressourcen (z. B. angemessene Eigentumsrechte). Siehe: University of Zurich Development Study Group, "The Sustainable Livelihood Approach", <https://www.alnap.org/system/files/content/resource/files/main/sla-gamper-kollmair.pdf>, zuletzt abgerufen am 8. November 2022.

12 AT, BE, BG, CY, CZ, DE, EE, ES, FI, FR, HU, IE, LT, LU, LV, NL, PL, SI, SK.

13 UNHCR, "Refugee Data Finder", <https://www.unhcr.org/refugee-statistics/insights/explainers/100-million-forcibly-displaced.html>, zuletzt abgerufen am 13. Oktober 2022.

14 UNHCR, "Global Trends Report 2021", <https://www.unhcr.org/62a9d1494/global-trends-report-2021>, zuletzt abgerufen am 17. Juni 2022.

15 "Dauerhafte Lösungen" sind alle Mittel, mit denen die Situation von Flüchtlingen zufriedenstellend und dauerhaft gelöst werden kann, damit sie ein normales Leben führen können. UNHCR verfolgt traditionell die dauerhaften Lösungen der freiwilligen Rückführung, der lokalen Integration und der Neuansiedlung. Siehe: UNHCR, "Master Glossary of Terms", <https://www.refworld.org/docid/42ce7d444.html>, zuletzt abgerufen am 8. November 2022.

16 Definiert als eine Situation, in der sich 25 000 oder mehr Geflüchtete derselben Staatsangehörigkeit fünf Jahre oder länger im Exil in einem bestimmten Asylland aufhalten. Siehe: UNHCR, "Protracted Refugee Situations", 2004, <https://www.unhcr.org/excom/standcom/40c982172/protracted-refugee-situations.html>, zuletzt abgerufen am 4. Oktober 2022.

17 UNHCR, "Global Compact on Refugees Indicator Report", 2021, https://www.unhcr.org/global-compact-refugees-indicator-report/wp-content/uploads/sites/143/2021/11/2021_GCR-Indicator-Report_spread_web.pdf, zuletzt abgerufen am 26. Mai 2022.

Obwohl die Hauptverantwortung für die Förderung von Entwicklungsinitiativen für Vertriebene bei den Regierungen der Aufnahmeländer liegt, fehlen diesen oft die Ressourcen und/oder Kapazitäten.¹⁸ Daher sind die Beiträge internationaler AkteurInnen und zivilgesellschaftlicher Organisationen (z.B. Diaspora-Organisationen) von zentraler Bedeutung.

Während Vertriebene meist von humanitärer Hilfe profitieren, sind sie oft von Entwicklungsprogrammen und -initiativen ausgeschlossen, welche ihren langfristigen Bedürfnissen und Vulnerabilitäten besser gerecht werden könnten (z.B. aufgrund von Hindernissen durch restriktive Politik und Gesetzgebung des Aufnahmestaates).¹⁹ Durch fehlende Entwicklungsinitiativen kann die Möglichkeit einer größeren Selbstständigkeit für Vertriebene Bevölkerungsgruppen untergraben und die Wahrscheinlichkeit von Sekundärvertreibungen und -migration außerhalb ihrer Herkunftsregionen erhöht werden.²⁰ Im Gegensatz dazu kann der Zugang zu entwicklungsorientierten Ansätzen eine Win-Win-Situation für Vertriebene Bevölkerungsgruppen und Aufnahmegesellschaften schaffen.²¹ Es gibt zahlreiche Beispiele für Entwicklungsmaßnahmen, die erfolgreich dazu beigetragen haben, die nachhaltigen Lebensgrundlagen von Vertriebenen zu verbessern und es ihnen gleichzeitig zu ermöglichen, zur lokalen Wirtschaft und der Weiterentwicklung der Aufnahmegesellschaften beizutragen. Dies unterstützt auch die Beziehungen zwischen diesen beiden Gruppen.²²

Auf globaler und EU-Ebene wurden politische Rahmenbedingungen und Initiativen geschaffen, um diesen Herausforderungen zu begegnen. Zum Beispiel wurde 2018 der **Globale Pakt für Flüchtlinge (Global Compact on Refugees, GCR)** von der internationalen Gemeinschaft als (unverbindlicher) globaler Rahmen für eine bessere gemeinsame Verantwortungsteilung und internationale Zusammenarbeit bei der Suche nach dauerhaften Lösungen für Geflüchtete festgelegt.²³ Der GCR verfolgt vier Hauptziele: Verringerung des Drucks auf die Aufnahmeländer; Förderung der Eigenständigkeit von Geflüchteten; Erweiterung des Zugangs zu Lösungen in Drittstaaten; und Verbesserung der Bedingungen in den Herkunftsländern für eine sichere und würdevolle Rückkehr. Das Ziel, die Eigenständigkeit von Geflüchteten zu fördern, umfasst die Erweiterung des Zugangs zu Bildung, Gesundheitsversorgung, Arbeitsmärkten und zur Sicherung der Lebensgrundlagen. Der GCR ermutigt die Unterzeichnerstaaten außerdem, ein inklusives Wirtschaftswachstum für Geflüchtete (und Aufnahmegesellschaften) zu fördern, indem sie finanzielle Unterstützung und Fachwissen zur Förderung wirtschaftlicher Chancen, menschenwürdiger Arbeit, Schaffung von Arbeitsplätzen und Programmen für Unternehmertum bereitstellen.²⁴

Der GCR verbindet Zwangsvertreibung mit der **Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und den SDGs**,²⁵ welche Geflüchtete als schutzbedürftige Menschen, die nicht zurückgelassen werden dürfen, kategorisieren.²⁶ Im Jahr 2019 informierte das **Globale Flüchtlingsforum** bewährte Praktiken und ermöglichte den TeilnehmerInnen (darunter Staaten, internationale und zivilgesellschaftliche Organisationen) Zusagen zu machen, welche die GCR-Ziele voranbringen. Die COVID-19-Pandemie hat jedoch die Umsetzung vieler dieser Zusagen in Frage gestellt beziehungsweise verzögert.²⁷

Im Jahr 2016 veröffentlichte die Europäische Kommission die Mitteilung **"Lives in Dignity: From Aid-dependence to Self-reliance. Forced Displacement and Development"**.²⁸ Mit dieser Mitteilung wurde ein politischer Rahmen geschaffen, um langwierige Vertreibungen zu verhindern und die Abhängigkeit von Hilfe im Kontext von Vertreibung schrittweise zu verringern, indem die Eigenständigkeit der vertriebenen Bevölkerungsgruppen gefördert wird (d.h. Förderung des Zugangs zu Bildung, Wohnraum, Land und Möglichkeiten zur Sicherung der Lebensgrundlagen sowie Unterstützung der Interaktion mit den Aufnahmegemeinschaften).²⁹ In der Mitteilung wird eine engere Zusammenarbeit zwischen entwicklungspolitischen und humanitären AkteurInnen sowie mit den Regierungen der Aufnahmeländer befürwortet; beispielsweise über die EU-Treuhandfonds und das Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit (Global Europe - NDICI; siehe Box 1). Die Europäische Kommission hat in diesem Bereich eine Vorreiterrolle eingenommen und Anstrengungen zur Einbeziehung von Vertriebenen in die Entwicklungsprogramme der EU unternommen.

Im Rahmen des **neuen Migrations- und Asylpakets**³⁰ bekräftigte die Europäische Kommission ihre Zusage, Drittstaaten unter erheblichem Migrationsdruck zu unterstützen, u.a. durch die Bereitstellung lebensrettender Unterstützung für Vertriebene und Förderung nachhaltiger Entwicklungsinitiativen. Das neue Migrationspaket unterstreicht die Komplexität der Ursachen für irreguläre Migration und Vertreibung, die Relevanz der Verringerung von Armut und Ungleichheit sowie die Förderung der menschlichen Entwicklung, Arbeitsplätze und wirtschaftlicher Chancen (auch durch außenpolitische Instrumente). Dennoch weist das Paket auch darauf hin, dass Anstrengungen auf EU-Ebene allein nicht ausreichen. Die Koordinierung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten auf allen Ebenen (bilateral/multilateral und regional) ist von wesentlicher Bedeutung, ebenso wie die Beteiligung der EU-Mitgliedstaaten am EU-Ansatz hinsichtlich Vertreibung.³¹ In diesem Zusammenhang heißt es im Paket auch, dass die EU bei der Entwicklung ihres eigenen Ansatzes auf die Erfahrungen der Mitgliedstaaten und von wichtigen PartnerInnen zurückgreifen könnte.

18 Lives in Dignity: from Aid-dependence to Self-reliance. Forced Displacement and Development, COM(2016) 234 final, <https://www.eesc.europa.eu/en/our-work/opinions-in-formation-reports/opinions/lives-dignity-aid-dependence-self-reliance>, zuletzt abgerufen am 13. Oktober 2022.

19 Ebd.

20 Ebd.

21 Betts, A., "Socio-Economic Integration for Refugees", <https://www.emn.at/wp-content/uploads/2022/03/emn-austria-2022-a-betts.pdf>, zuletzt abgerufen am 26. Mai 2022.

22 Ebd.

23 UN, "Global Compact on Refugees", 2018, <https://www.unhcr.org/5c658aed4>, zuletzt abgerufen am 26. Mai 2022.

24 UN, "Global Compact on Refugees", 2018, <https://www.unhcr.org/5c658aed4>, zuletzt abgerufen am 26. Mai 2022.

25 UNHCR, "The Sustainable Development Goals and the Global Compact on Refugees: Working together to ensure that refugees and host communities are not left behind", <https://www.unhcr.org/5efcb5004.pdf>, zuletzt abgerufen am 13. Oktober 2022.

26 UN-Generalversammlung, "Transforming our world: the 2030 Agenda for Sustainable Development", A/RES/70/1, https://www.un.org/en/development/desa/population/migration/generalassembly/docs/globalcompact/A_RES_70_1_E.pdf, zuletzt abgerufen am 3. Oktober 2022.

27 UNHCR, "Global Compact on Refugees Indicator Report", 2021, https://www.unhcr.org/global-compact-refugees-indicator-report/wp-content/uploads/sites/143/2021/11/2021_GCR-Indicator-Report_spread_web.pdf, zuletzt abgerufen am 26. Mai 2022.

28 Lives in Dignity: from Aid-dependence to Self-reliance. Forced Displacement and Development, COM(2016) 234 final, <https://www.eesc.europa.eu/en/our-work/opinions-in-formation-reports/opinions/lives-dignity-aid-dependence-self-reliance>, zuletzt abgerufen am 2. Dezember 2022.

29 Ebd.

30 Mitteilung der Kommission über ein neues Migration und Asylpaket, COM(2020) 609 final, https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:85ff8b4f-ff13-11ea-b44f-01aa75ed71a1.0001.02/DOC_3&format=PDF-8b4f-ff13-11ea-b44f-01aa75ed71a1.0002.02/DOC_3&format=PDF, zuletzt abgerufen am 20. Dezember 2022.

31 Ebd.

Box 1: EU-Treuhandfonds³²

Seit 2013 nutzt die EU Treuhandfonds mehrerer FördergeberInnen, die "EU-Treuhandfonds", als Finanzierungsmechanismen für die Durchführung internationaler Kooperations- und Entwicklungsmaßnahmen. Im Rahmen der EU-Treuhandfonds bündeln ein oder mehrere FördergeberInnen (einzelne Mitgliedstaaten oder andere Einrichtungen) ihre Finanzbeiträge, um auf große Herausforderungen, wie die Vertreibung von Bevölkerungsgruppen infolge von Naturkatastrophen und Konflikten, zu reagieren. Die EU-Treuhandfonds haben die Koordinierung und Entscheidungsfindung erleichtert und von der Mobilisierung zusätzlicher Ressourcen profitiert. Im Laufe der Jahre hat die EU eine Reihe von EU-Treuhandfonds eingerichtet, darunter:

- **EU-Treuhandfonds Bêkou für die Zentralafrikanische Republik** - ursprünglich eingerichtet, um auf die Folgen der Krise in der Zentralafrikanischen Republik von 2013 zu reagieren. Dazu gehörte auch die Bereitstellung von Schutz und Hilfe für Geflüchtete.³³
- **EU-Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika (EUTF)** - 2015 eingerichtet, für eine integrierte und koordinierte Reaktion auf die Ursachen von Instabilität, irregulärer Migration und Vertreibung. Zwei der wichtigsten strategischen Ziele sind die Schaffung von mehr Wirtschafts- und Beschäftigungsmöglichkeiten und die Stärkung der Resilienz von Gemeinschaften (einschließlich MigrantInnen und Vertriebene).³⁴

- **EU Regionaler Treuhandfonds als Reaktion auf die Syrien-Krise** - 2014 eingerichtet, um syrische Geflüchtete und Aufnahmegemeinschaften im Irak, in Jordanien, Libanon und der Türkei zu unterstützen (in den Bereichen Bildung, Wirtschaft, Soziales und Gesundheit), sowie um einige kleinere Maßnahmen in Armenien, Ägypten, Syrien und dem westlichen Balkan abzudecken.³⁵

Die EU-Treuhandfonds wurden im Rahmen des neuen EU-Haushaltszyklus (2021-2027) nicht erneuert, und ihre Prioritäten werden nun im Rahmen des neuen Instruments für **Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit - Globales Europa (2021-2027)** (NDICI - Global Europe) finanziert, das im Juni 2021 in Kraft getreten ist. NDICI - Global Europe ersetzte und führte 10 verschiedene EU-Finanzierungsinstrumente im vorangegangenen Haushaltszyklus (2014-2020; einschließlich EU-Treuhandfonds) zu einem umfassenden Instrument zusammen, um eine bessere Umsetzung der außenpolitischen Prioritäten der EU zu ermöglichen, einschließlich Migrationspartnerschaften (Bekämpfung der Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung, Migrationsmanagement, dauerhafte Lösungen für Geflüchtete und reguläre Migrationswege). Dieses neue EU-Instrument wird in erster Linie über geografische Programme umgesetzt (EU-Nachbarschaft³⁶, Subsahara - Afrika, Asien und Pazifik sowie Amerika und Karibik).³⁷



3. NATIONALE STRATEGIEN UND POLITIKEN

Vier EMN-Mitgliedsländer³⁸ haben eine spezielle Strategie oder Politik, die in erster Linie darauf abzielt, die Perspektiven der vertriebenen Bevölkerungsgruppen in Erstaufnahme- und Transitländern außerhalb der EU zu verbessern. Diese vier Strategien und Politiken sind auch in die allgemeine Entwicklungspolitik der Länder eingebettet. Acht EMN-Mitgliedsländer³⁹ decken dieses Ziel im Rahmen einer umfassenderen nationalen Entwicklungs- und/oder Migrationsstrategie oder -politik ab, während weitere acht⁴⁰ im Rahmen ihrer nationalen Strategien oder Politiken nicht ausdrücklich auf Verbesserung der Perspektiven für Vertriebene in Erstaufnahme- und Transitländern außerhalb der EU eingehen.

Belgien, Tschechien, Deutschland und die Niederlande verfügen jeweils über eine spezielle Strategie oder Politik zur Verbesserung der Perspektiven von Vertriebenen in Erstaufnahme- und Transitländern außerhalb der EU. Ihre Strategien zielen auch auf Aufnahmegemeinschaften und Binnenvertriebene ab. In Deutschland beschränkt sich diese Politik auf die Staaten, die am stärksten vom Konflikt in Syrien betroffen sind, während die anderen drei auf größere geografische Regionen abzielen.

Während das gemeinsame Ziel dieser Strategien und Politiken die Verbesserung der Perspektiven der vertriebenen Bevölkerungsgruppen ist, finden sich auch einige Unterschiede. In Tschechien, beispielsweise, ist die Politik in erster Linie mit den externen Migrationszielen des Landes verknüpft (einschließlich der Unterstützung von Herkunfts- und Transitländern im Migrationsmanagement). In den Niederlanden zielt die Politik darauf ab, zwei Ziele des GCR zu erreichen (Entlastung der Aufnahmeländer und Förderung der Eigenständigkeit von Geflüchteten) und zu den Zielen des Migrationsmanagements beizutragen (einschließlich der Verhinderung von Sekundärmigration). In Belgien verfolgt die Strategie einige übergreifende Ziele, darunter den Schutz und die Achtung der Menschenrechte, die Verbesserung der Resilienz der vertriebenen Bevölkerung und die Förderung eines guten Migrationsmanagements. In Deutschland zielt die Strategie vor allem darauf ab, wirtschaftliche Perspektiven durch die Finanzierung kurzfristiger Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen (siehe Tabelle 1).

32 Directorate-General for International Partnerships (DG INTPA), "Trust Funds", https://international-partnerships.ec.europa.eu/funding/funding-instruments/trust-funds_en, zuletzt abgerufen am 13. Oktober 2022.

33 Europäische Kommission, "Bêkou Trust Fund", https://international-partnerships.ec.europa.eu/policies/programming/programmes/bekou-trust-fund_en, zuletzt abgerufen am 13. Oktober 2022.

34 Europäische Kommission, "EU Emergency Trust Fund for Africa", https://ec.europa.eu/trustfundforafrica/index_en, zuletzt abgerufen am 13. Oktober 2022.

35 Europäische Kommission, "EU Regional Trust Fund in Response to the Syrian crisis", https://trustfund-syria-region.ec.europa.eu/index_en, zuletzt abgerufen am 13. Oktober 2022.

36 Europäische Kommission, "European Neighbourhood Policy", https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/european-neighbourhood-policy_en, zuletzt abgerufen am 2. Dezember 2022.

37 Europäischer Auswärtiger Dienst (EAD), "The new NDICI - Global Europe (2021-2027)", https://www.eeas.europa.eu/eeas/new-%E2%80%98ndici-global-europe%E2%80%99-2021-2027_en, zuletzt abgerufen am 8. November 2022.

38 BE, CZ, DE, NL.

39 AT, BG, ES, FI, FR, HU, IE, SK

40 CY, EE, EL, LT, LU, LV, PL, SI.

Wie bereits erwähnt, sind diese vier Strategien und Politiken in die allgemeine Entwicklungspolitik der Länder eingebettet. In Tschechien und den Niederlanden sind die Politiken auch mit der externen Dimension ihrer Migrationspolitik verbunden. Alle vier Strategien und Politiken sind mit der Umsetzung des GCR verknüpft.

Belgien und die Niederlande verweisen ebenfalls auf die SDGs, während das Europäische Migrations- und Asylpaket zusätzlich von Belgien und der Tschechischen Republik erwähnt wird. Die Strategie Belgiens ist auch mit dem Globalen Pakt für eine sichere und geordnete Migration (*Global Compact for Migration*, GCM) verknüpft.

Tabelle 1: Überblick über nationalen Strategien und Politiken zur Verbesserung der Perspektiven der Vertriebenen in Erstaufnahme- und Transitländern außerhalb der EU.

EMN-Mitgliedsland	Nationale Strategie/Politik	Link zu EU/internationalen Rahmenwerken	Ziele	Zielgruppen	Geografischer Fokus
Belgien (Belgische Generaldirektion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DGD))	Strategic Note on "Migration as a lever for development" (2022)	■ GCR ■ GCM ■ Internationale Organisation für Migration (IOM) ■ Institutionelle Strategie für Migration und nachhaltige Entwicklung ■ SDGs ■ Europäisches Migrations- und Asylpaket	Zu den relevanten Zielen gehören: ■ Unterstützung und Förderung einer guten Steuerung der Migration durch verschiedene AkteureInnen auf allen Ebenen (international, national, regional, lokal) ■ Förderung des Schutzes und der Achtung der Menschenrechte sowie des Wohlergehens und der Resilienz von MigrantInnen, Geflüchteten und Aufnahmegesellschaften ■ Das Potenzial der Migration für eine nachhaltige Entwicklung nutzen und fördern	■ MigrantInnen ■ Geflüchtete ■ Binnenvertriebene ■ Staatenlose ■ Aufnahmegesellschaften	Länder, denen die belgische Agentur für Entwicklungszusammenarbeit (Enabel) besondere Aufmerksamkeit widmet (Sahelzone und Westafrika, Region der Großen Seen, Nordafrika und Naher Osten)
Tschechien (Innenministerium)	Konzeptdokument des Hilfsprogramms des Innenministeriums als Instrument der externen Migrationspolitik der Tschechischen Republik (2021)	■ GCR ■ Europäisches Migrations- und Asylpaket	Zu den relevanten Zielen gehören: ■ Unterstützung von Herkunfts- und Transitländern, die große Gruppen von Vertriebenen aufnehmen ■ Unterstützung beim Aufbau von Kapazitäten zur Bekämpfung der irregulären Migration, einschließlich Menschen schmuggel, und des Grenzschutzes ■ Unterstützung relevanter Länder bei der Verwaltung und Entwicklung lokaler Asyl- und Migrationssysteme ■ Stabilisierung der Lage der gewaltsam vertriebenen Bevölkerungsgruppen in Erstaufnahmeländern und Aufnahmegemeinschaften und Unterstützung für dauerhafte Lösungen ■ Direkte Hilfe für gewaltsam vertriebene Bevölkerungsgruppen	■ Gewaltsam vertriebene Bevölkerungsgruppen (einschließlich Binnenvertriebener) ■ andere MigrantInnen ■ Aufnahmegesellschaften	EU-Nachbarschaft (insbesondere Westbalkan), Naher Osten, Nordafrika und Sahelzone
Deutschland (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ))	Partnership for Prospects (P4P) (2016)	■ GCR	■ Verbesserung der Lebensbedingungen von Geflüchteten, Binnenvertriebenen und gefährdeten Bevölkerungsgruppen in Aufnahmegesellschaften in den vom Konflikt in Syrien am stärksten betroffenen Ländern, durch kurzfristige Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten	■ Syrische Geflüchtete ■ Binnenvertriebene ■ Aufnahmegesellschaften	Region Naher Osten und Nordafrika (Irak, Jordanien, Syrien, Türkei)
Niederlande	Reception in the Region Policy (2016)	■ GCR ■ SDGs	■ Entlastung der Aufnahmeländer ■ Förderung der Eigenständigkeit von Geflüchteten ■ Beitrag zu den Zielen des Migrationsmanagements, einschließlich der Verringerung der Weiterreise	■ Geflüchtete ■ Binnenvertriebene ■ Aufnahmegesellschaften	Geografischer Schwerpunkt am Horn von Afrika und der Region um Syrien; Zukünftige Expansion in der Region Afghanistan (AFG)

Die vier EMN-Mitgliedsländer nutzen verschiedene Mechanismen und Partnerschaften zur Operationalisierung ihrer Strategien und Politiken. Zum Beispiel wird das deutsche P4P in erster Linie von staatlichen Institutionen umgesetzt (KfW Entwicklungsbank, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)) in Zusammenarbeit mit verschiedenen internationalen und nationalen PartnerInnen, einschließlich internationaler und zivilgesellschaftlicher Organisationen. In Belgien ist DGD hauptsächlich für die Implementierung der strategischen Mitteilung "Migration as a lever for development" verantwortlich, zusammen mit Enabel und diplomatischen AkteurInnen. Sie stützen sich auch auf Kooperationen mit öffentlichen Einrichtungen und Agenturen,⁴¹ zivilgesellschaftlichen Organisationen, Diaspora Einzelpersonen/Organisationen und dem Privatsektor. Die Niederlande nutzen verschiedene Instrumente zur Umsetzung ihrer Politik zur Aufnahme in der Region (*Reception in the Region Policy*; siehe Box 2).

Die meisten der acht EMN-Mitgliedsländer, die sich mit der Verbesserung der Perspektiven von Vertriebenen im Rahmen umfassenderer nationaler Politiken befassen, berichteten, dass dieser Aspekt im Rahmen von **Strategien und/oder Politiken ihrer allgemeinen nationalen Entwicklungszusammenarbeit** behandelt wurde.⁴² Einige Länder⁴³ berücksichtigen diese Perspektiven auch im Rahmen ihrer **nationalen Migrationspolitik** (z.B. externe Dimension der Migration).

Box 2: Niederlande - wichtigste Instrumente zur Verwirklichung der Ziele der "Reception in the Region"-Politik

- "Prospects Partnership": ein fünfjähriges innovatives Kooperationsmodell mit der International Finance Corporation (IFC), der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), UNHCR, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) und der Weltbank. Die Partnerschaft zielt darauf ab, die Perspektiven von Geflüchteten, Binnenvertriebenen und schutzbedürftigen Aufnahmegesellschaften zu verbessern.
- Investitionen in lokale NROs: die Niederlande arbeiten im Rahmen des "Prospects Partnership" mit vielen NROs und lokalen Organisationen zusammen. Sie investieren auch in internationale und lokale NROs über den Subventionsrahmen „Migration und Entwicklung“ (*subsidiekader Migratie De Ontwikkeling*), der 2018 eingerichtet wurde.
- Global Concessional Finance Facility (GCFF) der Weltbank: Die GCFF bietet Entwicklungshilfe zu konzessionären Bedingungen für Länder mit mittlerem Einkommen in der ganzen Welt, die von Fluchtbewegungen betroffen sind. Die Niederlande haben sich der GCFF als "Unterstützungsland" angeschlossen.

Österreich und die Slowakei behandeln Aspekte im Zusammenhang mit der Verbesserung der Perspektiven der vertriebenen Bevölkerungsgruppen auch in länderspezifischen Strategien oder spezifischen Abkommen mit Erstaufnahme- und Transitländern (Uganda bzw. Kenia). In Spanien wird die Verbesserung der Perspektiven für Vertriebene im Rahmen der umfassenderen Kooperationsstrategie für Subsahara-Afrika und Kolumbien abgedeckt. In Österreich wird es durch das allgemeine Regierungsprogramm abgedeckt.

Die meisten dieser EMN-Mitgliedsländer⁴⁴ verfolgen die Verbesserung der Perspektiven für Vertriebene im Zusammenhang mit dem umfassenderen Ziel, die strukturellen/tieferen Ursachen von Vertreibung und irregulärer Migration (aus Herkunfts- und Erstaufnahmeländern) anzugehen. Österreich beispielsweise legt den Schwerpunkt darauf, die strukturellen Ursachen irregulärer Migration zu reduzieren. In Bulgarien ist die geplante Unterstützung zur Verbesserung der Perspektiven für Vertriebene (z.B. durch Schaffung lokaler Beschäftigungsmöglichkeiten und die Stärkung von Stabilität und Frieden) auch verbunden mit der Notwendigkeit, die Ursachen irregulärer Migration und Fluchtbewegungen zu verringern. In ähnlicher Weise decken in der Slowakei sowohl die nationale Migrations- als auch die Entwicklungsstrategien die Verbesserung der Perspektiven der vertriebenen Bevölkerungsgruppen ab. Dies geschieht im Kontext der Bemühungen des Landes die Ursachen irregulärer Migration in Herkunfts- und Transitländern zu verringern. In Finnland zielt die Entwicklungspolitik darauf ab, nachhaltige soziale Effekte zu generieren, welche die Treiber von erzwungener und freiwilliger Migration beeinflussen können. In Frankreich ist die Verbesserung der Perspektiven mit dem umfassenderen Entwicklungsziel verbunden, die Faktoren der Vertreibung zu verringern und gleichzeitig legale Migrationswege zu fördern und sicherzustellen, dass die Rechte und Würde von vertriebenen Bevölkerungsgruppen respektiert werden. In Irland ist die Verbesserung der Perspektiven von Vertriebenen verbunden mit dem Entwicklungsfokus der irischen Regierung, humanitäre Bedürfnisse zu vermindern und resiliente Lebensgrundlagen zu fördern. Tabelle 2 gibt einen Überblick über die nationalen Strategien und Politiken, welche die Verbesserung der Perspektiven von Vertriebenen in Erstaufnahme- und Transitländern außerhalb der EU beinhalten oder darauf verweisen.

41 Zum Beispiel die Ausländerbehörde, das Amt des Generalbeauftragten für Flüchtlinge und Staatenlose, das Bundesamt für die Aufnahme von AsylwerberInnen (Fedasil), das Bundeszentrum für Migration und die Bundespolizei.

42 AT, BG, ES, FI, FR, HU, IE, SK.

43 AT (die Entwicklung einer nationalen Migrationsstrategie ist im aktuellen Regierungsprogramm 2020-2024 enthalten), BG, FR, SK.

44 AT, BG, FI, FR, HU, SK.

Tabelle 2: Nationale Strategien und Politiken, welche die Verbesserung der Perspektiven von Vertriebenen in Erstaufnahme- und Transitländern außerhalb der EU beinhalten oder sich darauf beziehen



Migration



Entwicklung

EMN-Mitgliedsland	Politikbereich	Nationale Strategie/Politik	Wichtigste geographische Gebiete
Österreich	 	Das Regierungsprogramm 2020-2024 stärkte den Fokus auf Migration im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (u.a. in Herkunftsländern sowie Erstaufnahme- und Transitländern). Ziel ist es, Hilfe und Perspektiven in den Herkunfts- und Erstaufnahmeländern zu fördern, um irreguläre Migration zu minimieren. Dieser Ansatz ist auch im Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik (2022-2024) verankert. Die österreichische Entwicklungspolitik 2022-2024 betont die Bedeutung, vertriebenen Bevölkerungsgruppen und Aufnahmegesellschaften Perspektiven und Möglichkeiten zu bieten (durch Verbesserung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen), um die strukturellen Ursachen von Vertreibung und irregulärer Migration zu bekämpfen.	Wichtige Herkunfts- und Erstaufnahmeländer. Südosteuropa/Westbalkan, Südkaukasus, Westafrika/Sahelzone, Ostafrika/Horn von Afrika, Südliches Afrika, Bhutan (bis 2023), Palästina
Bulgarien		Das mittelfristige Programm für Entwicklung und humanitäre Hilfe der Republik Bulgarien 2020-2024 bezieht sich auf die Bereitstellung humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit für Partnerländer zur Bekämpfung der Ursachen irregulärer Migration und Fluchtbewegungen, durch Förderung einer nachhaltigen Entwicklung, Schaffung lokaler Beschäftigungsmöglichkeiten und Stärkung von Stabilität und Frieden.	Westlicher Balkan, Länder der östlichen Partnerschaft, Mittlerer Osten, Nordafrika, Subsahara-Afrika, Asien
Finnland		Die finnische Entwicklungspolitik erkennt die Rolle von Migration für die Entwicklung an. Sie legt eine Reihe von Entwicklungsprioritäten fest (Förderung der Rechte von Frauen und Mädchen, Bildung, nachhaltige Wirtschaft und angemessene Arbeit, friedliche Gesellschaften, Bekämpfung des Klimawandels), die auf nachhaltige soziale Effekte abzielen, welche auch die Treiber von erzwungener und freiwilliger Migration beeinflussen können.	Äthiopien, Kenia, Mosambik, Somalia, Tansania, Afghanistan, Myanmar, Nepal, Ukraine, Kirgisistan, Tadschikistan, Usbekistan Im Mittleren Osten: Palästinensisches Gebiet, Syrien, Nachbarländer
Frankreich	 	Die französische Migrations- und Entwicklungsstrategie umfasst die Zusammenarbeit mit Drittstaaten bei der Durchführung von Projekten, die auf Vertriebene und/oder intra-regionale Migration abzielen. Die in diesem Rahmen angebotene französische Entwicklungszusammenarbeit zielt unter anderem darauf ab, die Faktoren von Zwangsvertreibung zu verringern und gleichzeitig legale Migrationswege zu fördern und sicherzustellen, dass die Menschenrechte und die Würde der MigrantInnen respektiert werden. Die Strategie zu Prävention, Resilienz und nachhaltigem Frieden fördert die Einbeziehung von Vertreibung in Entwicklungsprojekte mit dem Ziel, Frieden zu erhalten und Fragilität zu bekämpfen.	Benin, Burkina Faso, Burundi, Komoren, Dschibuti, Äthiopien, Gambia, Guinea, Haiti, Liberia, Madagaskar, Mali, Mauretanien, Niger, Zentralafrikanische Republik, Demokratische Republik Kongo, Senegal, Tschad, Togo⁴⁵
Ungarn		Ungarns Strategie für internationale Entwicklungszusammenarbeit 2020-2025 zielt unter anderem darauf ab, Entwicklungshilfe für vertriebene Bevölkerungsgruppen (neben anderen Gruppen) bereitzustellen, um die Ursachen von Migration zu bekämpfen.	Afrika, Mittlerer Osten
Irland		Im Jahr 2019 startete die irische Regierung eine neue Politik für internationale Entwicklung ("A Better World"), die sich nach dem Prinzip "die am weitesten Zurückgebliebenen zuerst" richtet. Eine Schlüsselpriorität ist die Verringerung der humanitären Bedürfnisse, einschließlich der Unterstützung zur Schaffung von nachhaltigen Lebensgrundlagen für Vertriebene. Diese Politik macht die allgemeine Zusage, die Entwicklungsarbeit der irischen Regierung zu verstärken, um widerstandsfähige Lebensgrundlagen für Vertriebene zu schaffen.	Alle geographischen Gebiete, in denen Irland im Entwicklungsbereich tätig ist, mit besonderem Schwerpunkt auf Subsahara-Afrika
Slowakei	 	Die Migrationspolitik der Slowakei mit einer Vision bis 2025 enthält ein eigenes Kapitel über Migration und Entwicklung, das kurz auch auf die Verbesserung der Perspektiven der vertriebenen Bevölkerungsgruppen, im Zusammenhang mit der Notwendigkeit der Bekämpfung von zugrundeliegenden Ursachen irregulärer Migration aus Transitländern, eingeht. In der mittelfristigen Strategie für die Entwicklungszusammenarbeit 2019-2023 wird die Verpflichtung des Landes bekräftigt, die Ursachen der irregulären Migration in Transit- und Herkunftsländern durch die Beseitigung von Armut, Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten, Verbesserung der Lebensmittelsicherheit, Entwicklung des Humanpotenzials und Steigerung der wirtschaftlichen sozialen Resilienz von Gemeinschaften zu verringern.	Kenia, Moldau Georgien, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Kosovo, Nordmazedonien, Serbien, Belarus, Ukraine, Irak, Libanon, Syrien⁴⁶
Spanien		Der fünfte Masterplan für die spanische Zusammenarbeit 2018-2021 in Subsahara-Afrika zielt darauf ab, die Resilienz der am stärksten gefährdeten Gruppen (einschließlich vertriebener Bevölkerungsgruppen) zu stärken, um auf möglicherweise auftretende Risiken zu reagieren (insbesondere Risiken im Zusammenhang mit dem Klimawandel und seinen Auswirkungen auf Gesundheit und Lebensmittelsicherheit). Kolumbien ist eine Priorität für Spaniens Zusammenarbeit und humanitäre Hilfe, was auch die venezolanischen Geflüchteten im Land umfasst.	Subsahara-Afrika, Südamerika

45 Vom "Inter-ministerial Committee for International Cooperation and Development" (CICID) festgelegte geografische Schwerpunktbereiche. Die Liste entspricht den jüngsten vom CICID genehmigten Länderprioritäten.

46 Basierend auf der Bewertung und nach dem Schwerpunkt der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit der Slowakei für 2022 (detaillierteres Dokument, das jedes Jahr auf der Grundlage der mittelfristigen Strategie für die Entwicklungszusammenarbeit entwickelt wird).



4. INITIATIVEN ZUR VERBESSERUNG DER PERSPEKTIVEN VON VERTRIEBENEN IN ERSTAUFNAHME- UND TRANSITLÄNDERN AUSSERHALB DER EU

Die meisten der berichtserstattenden EMN-Mitgliedsländer⁴⁷ führen und/oder finanzieren konkrete Initiativen zur Verbesserung der Perspektiven von Vertriebenen in Erstaufnahme- und Transitländern außerhalb der EU – in einem breiten geografischen Spektrum, einschließlich des Mittleren Ostens (z.B. Jordanien, Libanon, Irak, Palästina)⁴⁸ Horn von Afrika (Uganda, Kenia, Sudan, Äthiopien),⁴⁹ Nordafrika (z.B. Marokko, Libyen, Ägypten, Tunesien),⁵⁰ Lateinamerika (z.B. Kolumbien),⁵¹ Westafrika (z.B. Mali, Niger),⁵² Zentral- und Osteuropa/Westbalkan (z.B. Moldau, Ukraine)⁵³ und Südasien (z.B. Pakistan, Bhutan).⁵⁴

Die meisten dieser Initiativen haben nicht nur die in diesen Gebieten aufhältigen Vertriebenen als Zielgruppe, sondern auch die Aufnahmegesellschaften, um mögliche soziale Spannungen zu vermeiden und den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Die spezifischen Aktivitäten variieren beträchtlich, doch in der Regel umfassen sie Bildung und Berufsausbildung,⁵⁵ Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten, Unterstützung von Programmen zur Förderung der Lebensmittelsicherheit und Schaffung von Lebensgrundlagen.⁵⁶ Einige Beispiele schließen auch die Bereitstellung von psychosozialer Unterstützung mit ein.⁵⁷ EMN-Mitgliedsländer finanzieren diese Initiativen entweder direkt, manchmal mit Kofinanzierung durch die Aufnahmeländer, oder gemeinsam mit der EU und anderen EMN-Mitgliedsländern (z.B. über den EU-Treuhandfonds). Die Initiativen werden in Zusammenarbeit mit einer großen Auswahl an PartnerInnen umgesetzt, einschließlich internationaler Organisationen (z.B. UNHCR, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), UNICEF, ILO, nationalen NROs, lokalen Organisationen, nationalen und lokalen Behörden). Einige Beispiele für Initiativen werden ausführlicher in den Boxen 3-7 beschrieben.

Box 3: Belgien, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Spanien - Projekt "Quadra2" - Resilienz für Geflüchtete, Binnenvertriebene, RückkehrerInnen und Aufnahmegemeinschaften als Reaktion auf die langwierigen Krisen in Syrien und im Irak⁵⁸

Das Projekt "Quadra2" ist eine vierjährige Initiative (2019-2023) zur Stärkung der Resilienz von Geflüchteten, Binnenvertriebenen, RückkehrerInnen und Aufnahmegemeinschaften, als Reaktion auf die anhaltenden Krisen in Syrien und im Irak. Das Projekt unterstützt Beschäftigung und einkommensgenerierende Aktivitäten für junge Menschen (insbesondere Frauen). Dazu gehört auch die Entwicklung von Kompetenzen für angelernte

Arbeitskräfte in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft. Das Projekt zielt auch darauf ab, Kindern und Jugendlichen Bildung zu ermöglichen.

Das Programm wird gemeinsam von der GIZ, Expertise France, der spanischen Agentur für internationale Entwicklung (AECID), Hungarian Interchurch Aid (HIA) und Enabel im Irak, Jordanien, Libanon und der Türkei durchgeführt.

Das Projekt wird vom Regionalen EU-Treuhandfonds als Reaktion auf die Syrienkrise, dem EU-Madad-Fonds, dem BMZ (Deutschland) und AECID (Spanien) kofinanziert.

Box 4: Belgien - Unterstützungsprogramm für Siedlungen in Norduganda. Entwicklung von Lebensgrundlagen- und arbeitsmarktrelevanten Kompetenzen für Geflüchtete und Aufnahmegemeinschaften⁵⁹

Diese Initiative (2016-2024) wird im Rahmen des EUTF Afrika umgesetzt. Die Initiative konzentriert sich in erster Linie darauf, jungen Menschen, Frauen, geflüchteten Mädchen und Aufnahmegesellschaften Zugang zu Kompetenzentwicklung, Unternehmertum und breiteren Dienstleistungen in drei Distrikten im Nordwesten Ugandas zu ermöglichen. Da das Fehlen beruflicher Qualifikationen ein großes Hindernis für persönliche Entwicklung und Verbesserung der Lebensgrundlagen darstellt, und formelle Arbeitsplätze oft knapp sind, zielt das Projekt darauf ab, die notwendigen Finanzmittel und Expertise für die Kompetenzentwicklung und Wissen zum Unternehmertum für die unterstützte Zielgruppe bereitzustellen. Erwartete Ergebnisse der Initiative sind:

- Verbesserung des Zugangs zu hochwertiger Kompetenzentwicklung (Ausbildung, unternehmerische Fähigkeiten, Start-up-Kits) für Geflüchtete und Aufnahmegesellschaften (mit besonderem Schwerpunkt auf jungen Menschen, Frauen und Mädchen) in Norduganda;
- Die Kompetenzentwicklung in den drei Distrikten ist koordiniert und abgestimmt auf die Strategie „Skilling Uganda“ sowie auf die Reaktionspläne „Bildung“ und „Jobs und Lebensgrundlagen“ für Geflüchtete und Aufnahmegemeinschaften in Uganda.

Die Initiative wird in Zusammenarbeit mit Finn Church Aid (FCA), Norwegian Refugee Council (NRC), Aids Information Centre (AIC), Africa Non-Profit Chore (ANCHOR), Youth Alive, Community Empowerment for Rural Development (CEFORD) und Forum for African Women Educationalists (FAWE) umgesetzt.

47 AT, BE, CY, CZ, DE, EE, ES, FR, HU, IE, LV, NL, PL, SK.

48 AT (Palästina), BE, CY, CZ, DE, EE, NL, SK.

49 AT, BE, EE, HU, IE, NL, SK.

50 BE, CZ, DE, PL, SK.

51 DE, ES, FR.

52 AT (Sahel), CZ, IE.

53 DE, EE, LV, SK.

54 AT (Bhutan), DE.

55 AT, BE, DE, EE, FR, NL, SK.

56 BE, CY, CZ, DE, EE, ES, IE, NL, SK.

57 DE, EE, FR, NL.

Box 5: Irland - Niger: Verbesserung der Lebensmittelsicherheit, Ernährung und Resilienz von Gemeinden in Diffa, die von Naturkatastrophen, Klimawandel und dem Konflikt im Tschadseebecken betroffen sind⁶⁰

Dieses einjährige Projekt (2021-2022) zielte darauf ab, Lebensmittelsicherheit, Ernährung und Resilienz von Geflüchteten und Aufnahmegemeinschaften in der Region Diffa zu verbessern (insgesamt 3 710 begünstigte Haushalte). Das Projekt umfasste: Errichtung von Feldschulen für LandwirtInnen und Schulungen zu bewährten Praktiken in der Landwirtschaft; Verteilung von Saatgut; Schaffung von Hausgärten; Ausbildung von Haushalten über Gemüseanbautechniken, Ernährung und Gleichberechtigung der Geschlechter; Vertrieb von Futtermitteln; bedingungslose Geldtransfers und Bargeld für Arbeit; Ausbildung in Wasser-, Bodenschutz- und Restorierungstechniken.

Die Initiative wurde vom irischen Ministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Marine finanziert und von der FAO umgesetzt.

Box 6: Niederlande - "Prospects Partnership" für die Aufnahme von Geflüchteten⁶¹

Im Jahr 2019 starteten die Niederlande die Initiative "Prospects Partnership", die langfristige Finanzierung für gemeinsame Maßnahmen bereitstellt, welche eine Brücke zwischen humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit schlagen (d.h. der Ansatz des Nexus zwischen humanitärer Hilfe und Entwicklung). Diese Initiative verfolgt einen entwicklungsorientierten Ansatz bei der Aufnahme von Geflüchteten und Vertriebenen in der Region, wobei (lokale) Regierungen, der Privatsektor und andere relevante (internationale) AkteurInnen zusammenarbeiten, um effektive und nachhaltige Lösungen zu erreichen. Insbesondere zielt die Initiative darauf ab, vertriebene Bevölkerungsgruppen zu unterstützen, sich in ihrem Aufnahmeland in der Herkunftsregion ein neues Leben aufzubauen, aber auch darauf, (gefährdete) Aufnahmegemeinschaften in den Partnerländern zu unterstützen und den sozialen Zusammenhalt zwischen Vertriebenen und Aufnahmegemeinschaften zu fördern. Diese Ziele werden durch die Finanzierung verschiedener Programme und Projekte umgesetzt, die Geflüchteten und Aufnahmegemeinschaften Schutz, Bildung, Ausbau ihrer Fähigkeiten und Beschäftigungsmöglichkeiten bieten. Diese Initiative wird in acht Ländern des Mittleren Ostens und des Horns von Afrika umgesetzt (Irak, Jordanien und Libanon; Ägypten, Äthiopien, Kenia, Sudan und Uganda). Sie wurde vom niederländischen Außenministerium initiiert und involviert fünf

wichtige (internationale) Partnerorganisationen: International Finance Corporation (IFC), ILO, UNHCR, UNICEF und die Weltbank. Diese fünf Partner arbeiten darüber hinaus eng mit nationalen und lokalen Regierungen, internationalen und lokalen NROs und dem Privatsektor zusammen.

Box 7: Deutschland - Sonderinitiative Flucht⁶²

Die Sonderinitiative Flucht wurde 2014 vom BMZ als flexibles Krisenreaktionsinstrument ins Leben gerufen, das spezifische Bedürfnisse berücksichtigt, indem es (a) Geflüchtete, Binnenvertriebene und RückkehrerInnen unterstützt, (b) Aufnahmeregionen stabilisiert und (c) die Ursachen von Vertreibung bekämpft.

Die Sonderinitiative fördert mehr als 290 Projekte, darunter bilaterale, regionale und globale Projekte in 77 Ländern und sechs Regionen: Mittlerer Osten, Subsahara-Afrika, Nordafrika, Süd-/Südostasien und Pazifik, Lateinamerika und die Karibik sowie Europa (außerhalb der EU) (die P4P-Initiative ist Teil der Sonderinitiative Flucht).

Aktuelle Projekte in der Ukraine und im benachbarten Moldau, die im Rahmen der Sonderinitiative in Auftrag gegeben wurden, bieten Unterstützung in verschiedenen Bereichen wie Beschäftigung und wirtschaftlicher Inklusion, psychische Gesundheit und psychosoziale Unterstützung sowie Friedenskonsolidierung.

Effektive Ansätze

Die EMN-Mitgliedsländer hoben einige programmatische und/oder operative Aspekte hervor, die zur Wirksamkeit ihrer **Ansätze zur Verbesserung der Perspektiven von Vertriebenen in Erstaufnahme- und Transitländern außerhalb der EU** beigetragen haben. So verwiesen beispielsweise einige EMN-Mitgliedsländer⁶³ auf den **Nexus zwischen humanitärer Hilfe, Entwicklung und Frieden**,⁶⁴ welcher Soforthilfe, langfristige Lösungen und Friedensbemühungen miteinander verbindet. Dies wird als wirksamer Ansatz zur Bekämpfung der zu Grunde liegenden Ursachen von Konflikten und Krisen gesehen, und unterstützt die Schaffung nachhaltiger Lebensgrundlagen für vertriebene Bevölkerungsgruppen.

Die Zuweisung **mehrzähriger, flexibler und berechenbarer Mittel** wurde von mehreren EMN-Mitgliedsländern⁶⁵ als wirksames Mittel zur Unterstützung der Aufnahmeland bei der Verbesserung der Perspektiven für Vertriebene angeführt. Irland betonte wie wichtig es sei, den PartnerInnen, die Programme oder Initiativen durchführen,

58 Quadra2, "Resilience for refugees, IDPs, returnees and host communities in response to the protracted Syrian and Iraqi crises", Factsheet, https://quadra-programme.org/wp-content/uploads/2022/03/QUADRA_FACTSHEET_GENERAL.pdf, zuletzt abgerufen am 13. Oktober 2022.

59 Enabel, "European Union Trust Fund (EUTF) - support programme for refugee settlements in Northern Uganda (SPRS-NU), livelihood and labour market relevant skills development for refugees and host communities", <https://open.enabel.be/fr/UGA/2208/updates/european-union-trust-fund-eutf-support-programme-for-refugee-settlements-in-northern-uganda-sprs-nu-livelihood-and-labour-market-relevant-skills-development-for-refugees-host-communities.html>, zuletzt abgerufen am 13. Oktober 2022.

60 FAO, "Project Highlights: Improving food security, nutrition and resilience of Diffa communities in Niger", <https://reliefweb.int/report/niger/improving-food-security-nutrition-and-resilience-diffa-communities-affected-natural-shocks-climate-change-and-lake-chad-basin-conflict-osroner007ire>, zuletzt abgerufen am 13. Oktober 2022.

61 Regierung der Niederlande "Development Cooperation - Dutch Policy", <https://www.government.nl/topics/development-cooperation/the-development-policy-of-the-netherlands/refugees-and-migration>, zuletzt abgerufen am 2. Dezember 2022.

62 BMZ, "Displaced people", 2022, <https://www.bmz.de/en/issues/displaced-people>, zuletzt abgerufen am 13. Oktober 2022.

63 BE, IE, NL, SK.

64 Der "Humanitarian-Development-Peace-Nexus" zielt darauf ab, die Verflechtungen und Synergien von humanitären, entwicklungs- und friedenspolitischen Maßnahmen zu maximieren. Siehe: Europäische Kommission, "Resilience & Humanitarian-Development-Peace Nexus Factsheet", o.J., https://civil-protection-humanitarian-aid.ec.europa.eu/what/humanitarian-aid/resilience-and-humanitarian-development-peace-nexus_en, zuletzt abgerufen am 13. Oktober 2022.

65 CZ, DE, IE, NL.

Flexibilität einzuräumen. Dadurch sind diese in der Lage, sich an abzeichnende und langwierige Krisen anzupassen und gleichzeitig berechenbare Finanzmittel für langfristige Maßnahmen bereitzustellen sowie die Arbeit innerhalb des obengenannten Nexus zu erleichtern. In ähnlicher Weise erkannten die Niederlande, dass die Zuweisung mehrjähriger und flexibler Finanzmittel ein wirksamer Ansatz zur Unterstützung langfristiger Investitionen und zur nachhaltigen Zusammenarbeit mit verschiedenen lokalen, staatlichen und nichtstaatlichen AkteurInnen ist, und dies gleichzeitig Anpassungen an Veränderungen in lokalen Kontexten und Bedürfnissen ermöglicht.

Mehrere EMN-Mitgliedsländer⁶⁶ gaben an, dass die **Einbeziehung der Aufnahmebevölkerung** in Programme und Initiativen ein wirksamer Ansatz sei. Die Einbeziehung der Aufnahmegesellschaften kann zum Abbau von Spannungen zwischen den beiden Gruppen beitragen und den sozialen Zusammenhalt fördern.

Die Stärkung der Kapazitäten und des Engagements lokaler Gemeinschaften, anderer PartnerInnen und Regierungsstrukturen bei der Durchführung und Gestaltung von Programmen (**Lokalisierungsagenda**) wurde von einigen EMN-Mitgliedsländern ebenfalls als wirksamer Ansatz identifiziert.⁶⁷

Weitere Faktoren, von denen angenommen wird, dass sie die Wirksamkeit von Programmen und Initiativen zur Verbesserung der Perspektiven der vertriebenen Bevölkerungsgruppen erhöhen, umfassen die Zusammenarbeit mit vielfältigen PartnerInnen, die Einbeziehung von Interessengruppen (z.B. Diaspora, Frauen, lokale Gemeinschaften) und die Fokussierung auf Beschäftigung zur Schaffung von nachhaltigen Lebensgrundlagen:

- Zusammenarbeit mit einem breiten Konsortium internationaler PartnerInnen, wobei jede/r PartnerIn einen spezifischen Mehrwert bei der Suche nach Lösungen für Zwangsvertreibung leistet. Diese Art von Partnerschaft kann die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen AkteurInnen erleichtern und fördern, indem sie die Komplementarität ihrer Mandate nutzt und Synergien auf Grundlage ihrer jeweiligen Stärken schafft⁶⁸ (z.B. die Initiative "Prospects Partnership" der Niederlande⁶⁹, siehe Box 6);

- Einbindung der Diaspora in lokale Entwicklungsprojekte. So hat beispielsweise das französische „Unterstützungsprogramm für Solidaritätsinitiativen für Entwicklung“ die senegalesische Diaspora einbezogen und positive Ergebnisse bei der Umsetzung kleiner ländlicher Entwicklungsprojekte erzielt.⁷⁰
- Konsequente Einbeziehung von Frauen als eigenständige Akteurinnen in Strategieentwicklung und Programme sowie Schutz der Frauenrechte. Selbstbestimmung, Gleichberechtigung und eine höhere Beteiligung von Frauen wirken sich nachweislich positiv auf Krisenprävention, Friedenskonsolidierung und nachhaltige Entwicklung aus.⁷¹
- Der Einsatz kurzfristiger Beschäftigungsmaßnahmen, wie z.B. "Cash-for-Work".⁷² So zeigte beispielsweise das deutsche P4P, dass der Einsatz von Trainings- und Weiterbildungsmaßnahmen zusätzlich zu kurzfristigem "Cash-for-Work" sehr erfolgreich war.⁷³
- Steigerung der Produktivität der vertriebenen Bevölkerung durch Qualifizierung, Verknüpfung zum Arbeitsmarkt (formell und informell) und/oder Start-up-Möglichkeiten in Unternehmen, Verbindungen zum Dienstleistungssektor sowie Input- und Beratungsdienste für diejenigen, die in der kommerziellen Landwirtschaft tätig sind.⁷⁴ Dies war z.B. der Fall im Programm "Investing in Forests and Protected Areas for Climate Smart Development",⁷⁵ kofinanziert von Irish Aid,⁷⁶ das Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten mit Aktivitäten mit dem breiteren Ziel der Forstwirtschaft verknüpfte, um die Nachhaltigkeit der Lebensgrundlagen im Kontext des Klimawandels zu gewährleisten.

Darüber hinaus identifizierten mehrere EMN-Mitgliedsländer⁷⁷ spezifische **Ansätze zur Stärkung der Zusammenarbeit und Partnerschaften** als Mittel zur Verbesserung der Perspektiven für Vertriebene. Dazu gehörten die Einrichtung eines regionalen Dialogs/Netzwerks, um Möglichkeiten für den Peer-to-Peer-Austausch zu schaffen;⁷⁸ die begünstigten Organisationen zusammenzubringen, um Informationen auszutauschen und darzulegen, wie die Gelder verwendet werden;⁷⁹ die Interessen der FördergeberInnen besser auf die der Aufnahmeländer abzustimmen;⁸⁰ und die Förderung der Zusammenarbeit mit internationalen PartnerInnen im Rahmen des GCR.⁸¹

66 AT, BE, CZ, DE, IE.

67 BE, CZ, IE, NL.

68 NL.

69 Government of the Netherlands, "Development Cooperation - Dutch Policy", o.J., <https://www.government.nl/topics/development-cooperation/the-development-policy-of-the-netherlands/refugees-and-migration>, zuletzt abgerufen am 19. Dezember 2022.

70 SEIN.

71 DE, NL.

72 Eine Evaluierung der P4P-Initiative durch das Deutsche Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit und eine Studie des German Institute of Development and Sustainability bestätigten die positiven Effekte kurzfristiger Cash-for-Work-Maßnahmen. Siehe: Deval, "Effectiveness of German Development Cooperation in Dealing with Conflict Driven Migration Crises, Executive Summary", 2021, https://www.deval.org/fileadmin/Redaktion/PDF/05-Publikationen/Berichte/2021_BONO/DEval_Bericht_Wirksamkeit_deutscher_EZ_Beschaeftigungsoffensive_Nahost_2021_Executive_Summary_EN.pdf, zuletzt abgerufen am 14. Oktober 2022.

73 DE.

74 BE, CZ, IE, NL.

75 Weltbank, "Investing in forests and protected areas for climate-smart development (IFPA-CD)", 2022, <https://ugandawildlife.org/wp-content/uploads/2022/07/Project-Brief-for-Ugandas-Investing-in-Forests-and-Protected-Areas-for-Climate-Smart-Development-IFPA-CD-Project.pdf>, zuletzt abgerufen am 19. Dezember 2022.

76 Kofinanziert von Irish Aid zusammen mit der Weltbank, Swedish International Development Cooperation Agency (SIDA) und der ugandischen Regierung.

77 BE, DE, FR, IE, NL.

78 BE.

79 IE.

80 NL.

81 DE, NL.

Zentrale Herausforderungen

Mehrere EMN-Mitgliedsländer⁸² berichteten von einigen Herausforderungen bei der Umsetzung von Initiativen, die das Ziel haben, die Perspektiven der vertriebenen Bevölkerungsgruppen zu verbessern. Dazu gehörten die **schwierigen sozioökonomischen Bedingungen und rechtliche Einschränkungen** in Erstaufnahme- und Transitländern außerhalb der EU.⁸³ Deutschland berichtete, dass Integrationsperspektiven häufig durch Beschränkungen des Zugangs zum Arbeitsmarkt für vertriebene Bevölkerungsgruppen behindert wurden.⁸⁴ Die Niederlande nannten Faktoren wie rechtliche Einschränkungen, Klimawandel, humanitäre Krisen und politische Instabilität als Hindernisse für die Durchführung von Programmen und Initiativen, und fügten hinzu, dass die COVID-19-Pandemie einige der zuvor erreichten (positiven) Entwicklungen rückgängig gemacht hatte. Zu den weiteren Herausforderungen, die von EMN-Mitgliedsländern genannt wurden, gehörten: Diskrepanzen zwischen den Interessen der Aufnahmeregierungen und der Position der FördergeberInnen, welche die Zusammenarbeit und Koordination behinderten;⁸⁵ uneinheitliches politisches Engagement der an der Programmplanung beteiligten Organisationen der Zivilgesellschaft;⁸⁶ die schwierige Sicherheitslage (z.B. bewaffnete Konflikte) und logistische Einschränkungen (z.B. beschädigte Infrastruktur, verminten Gebiete, eingeschränkter Zugang zu Wasser und Energie).⁸⁷

82 DE, IE, NL, SK.

83 DE, NL.

84 Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit, "Wirksamkeit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Umgang mit konfliktgetriebenen Migrationskrisen", 2021, https://www.deval.org/fileadmin/Redaktion/PDF/05-Publikationen/Berichte/2021_BONO/DEval_Bericht_Wirksamkeit_deutscher_EZ_Beschaeftigungsoffensive_Nahost_2021_Executive_Summary_EN.pdf, zuletzt abgerufen am 16. Dezember 2022.

85 NL.

86 IE.

87 SK.



Mit dem EMN in Kontakt bleiben

EMN-Website www.ec.europa.eu/emn

EMN LinkedIn-Seite <https://www.linkedin.com/company/european-migration-network/>

EMN Twitter <https://twitter.com/EMNMigration>

Nationale EMN-Kontaktstellen

Österreich www.emn.at/en/

Belgien www.emnbelgium.be

Bulgarien www.emn-bg.com

Kroatien <http://emn.gov.hr/>

Zypern

www.moi.gov.cy/moi/crmd/emnncpc.nsf/home/home?opendocument

Tschechien www.emncz.eu

Dänemark

www.justitsministeriet.dk/

Estland www.emn.ee/

Finnland <http://emn.fi/en/>

Frankreich

<https://www.immigration.interieur.gouv.fr/Europe-et-International/Le-reseau-europeen-des-migrations-REM3/Le-reseau-europeen-des-migrations-REM2>

Deutschland

<https://www.bamf.de/EN/Themen/EMN/emn-node.html>

Griechenland

<http://emn.immigration.gov.gr/en/>

Ungarn www.emnhungary.hu/en

Irland www.emn.ie/

Italien www.emnitalyncp.it/

Lettland www.emn.lv/en/home/

Litauen www.emn.lt/en/

Luxemburg <https://emnluxembourg.uni.lu/>

Malta <https://emn.gov.mt/>

Niederlande <https://www.emnnetherlands.nl/>

Polen

<https://www.gov.pl/web/europejska-siec-migracyjna>

Portugal <https://rem.sef.pt/>

Rumänien <https://www.mai.gov.ro/>

Spanien

<https://extranjeros.inclusion.gob.es/emn-Spanien/>

Slowakei

Slowenien <https://emm.si/en/>

Schweden

<http://www.emnsweden.se/>

Norwegen <https://www.udi.no/en/statistics-and-analysis/european-migration-network---norwegen>

Georgien

https://migration.commission.ge/index.php?article_id=1&clang=1

Republik Moldau <http://bma.gov.md/en>